



Kinder und Jugendrechte in den Landtagswahlen in Hessen 2023

Zum Thema Beteiligung:

Frage 8:

Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist ein grundlegend wichtiger Baustein für gutes Aufwachsen. Wie werden Sie die Interessen und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in der Gestaltung der Landespolitik und konkret in der Landesplanung berücksichtigen?

Antwort CDU:

Die Fragen 8 und 9 werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet:

Die CDU Hessen orientiert ihre Politik zentral an den Bedürfnissen von Kindern und Familien. Wir werden Kinder und Familien deshalb weiter in das Zentrum unserer Politik stellen und Hessen als familien- und kinderfreundliches Land nach vorne bringen. Wir gestalten Hessens Zukunft für unsere Kinder und Enkel, indem ein starkes und stabiles Hessen unseren Kindern gute Zukunftschancen eröffnet.

Die Interessen künftiger Generationen haben wir dabei stets handlungsleitend im Blick. Das Kernanliegen unserer Politik ist dabei die Balance aus ökologischer, ökonomisch-finanzieller und sozialer Nachhaltigkeit. Es gibt praktisch keinen Regelungsbereich, der nicht unmittelbaren Einfluss auf Kinder und Familien hat. Es ist für uns daher selbstverständlich, bereits heute die Interessen von Kindern und Jugendlichen bei jedem Gesetzesvorhaben mitzudenken und zu berücksichtigen.

Jedes einzelne gesetzliche Vorhaben gehen wir dabei so an, dass Nachhaltigkeit und die Schaffung von guten Rahmenbedingungen für die Menschen in Hessen und ein attraktives Lebensumfeld – sowohl im ökonomischen als auch im ökologischen und sozialen Sinne – im Vordergrund stehen.

Die Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene wollen wir in Zusammenarbeit mit den Kommunen weiter optimieren, um flächendeckend Angebote bereit zu stellen. Durch Servicestellen und Prozessberatung wollen wir die Zahl der Jugendvertretungen auf kommunaler Ebene erhöhen. Den erfolgreichen HOP!-Landesjugendkongress im Hessischen Landtag werden wir fortführen

Antwort BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Kinder und Jugendliche stehen in unserem Politikverständnis und politischen Handeln im Mittelpunkt. Allen Kindern in Hessen wollen wir beste Startmöglichkeiten ins Leben verschaffen. Seitdem die Kinderrechte Teil der hessischen Verfassung sind, ist viel passiert: Hessen hat als einziges Bundesland eine hauptamtliche Beauftragte für Kinder- und Jugendrechte. Diese hat das Jahr der Kinderrechte mit zahlreichen Aktionen koordiniert und führt ein Monitoring über bestehende Maßnahmen durch. 2022 fand der erste Landesjugendkongress im Landtag statt – ein Beteiligungsformat mit Eventcharakter - für das wir Grüne uns besonders stark gemacht haben.

Außerdem wird aktuell das erste hessische Childhood-Haus eingerichtet. Dieses Kompetenzzentrum bringt Justiz, Polizei, Sozialarbeit und psychologische Hilfe zusammen und unterstützt Kinder und Jugendliche, die Erfahrung mit Gewalt gemacht haben.

Um Kinderrechte in den Mittelpunkt zu stellen, ist uns auch wichtig, dass Beteiligungskonzepte Kinder stärker einbeziehen. Außerdem wollen wir das aktive Wahlalter bei Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre absenken, Beteiligungsformate ausbauen sowie einen Jugendrat für dauerhafte Beteiligung einrichten. Die Beauftragte für Kinder- und Jugendrechte soll weiterhin die Partizipation und Selbstwirksamkeit von Kindern und Jugendlichen stärken und daran mitwirken, das Verfassungsziel zur Umsetzung der Kinderrechte zu erreichen.

Antwort SPD:

Die Fragen 8 bis 10 werden gemeinsam beantwortet:

Ein Viertel aller Menschen in Hessen sind jünger als 25. Trotzdem wurden ihre Stimmen in der Vergangenheit zu wenig gehört! Das wollen wir ändern. Wir wollen ihre Beteiligungsmöglichkeiten verbessern, damit sie stärker mitbestimmen können. Wir wollen Freiräume für junge Menschen schaffen, damit sie sich in der Jugendphase entfalten und ausprobieren können. Wir wollen, dass alle jungen Menschen die gleichen Chancen haben, ein gutes und glückliches Leben zu führen.

Dazu werden wir eine eigenständige Jugendpolitik für Hessen entwickeln. Uns leitet dabei das Verständnis von Kinder- und Jugendpolitik als Querschnittsaufgabe, die in allen Politikbereichen immer ausgehend von den Interessen und Bedürfnissen junger Menschen gestaltet werden muss. Der Hessische Jugendring, die Kinder- und Jugendverbände, die Freie Wohlfahrt, aber auch gemeinnützige Träger, und die offene Kinder- und Jugendarbeit sind uns dabei wichtige Partner.

Eigenständige Jugendpolitik in Hessen bedeutet auch ein Landesjugendamt, das seinen Namen verdient. Um die Interessen junger Menschen bei der Gesetzgebung stärker zu berücksichtigen, führen wir einen Jugendcheck bei Gesetzesvorhaben ein. Durch einen Fonds für junge Ideen werden wir die Partizipation junger Menschen unterstützen. Seit dem 28. Oktober 2018 sind Kinderrechte in der hessischen Verfassung verankert. Die SPD-geführte Bundesregierung werden wir dabei unterstützen, dass Kinderrechte auch endlich ins Grundgesetz aufgenommen werden.

Wir werden die Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen in Hessen verbessern und setzen auf einen Methodenmix aus Landesjugendrat, Jugendkongress, digitalem Jugendportal und einer Landesfachstelle zur Jugendbeteiligung. Wir werden die verpflichtende Kinder- und Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene einführen. Die Senkung des Wahlalters ist längst überfällig: Wir setzen uns für das aktive Wahlrecht in Hessen bei allen Wahlen ab 16 Jahren ein.

Wir wollen mehr politische Jugendbildung ermöglichen. Dazu erhöhen wir die Umsatzbeteiligung der Jugendarbeit an den Lotto-Mitteln, um damit neue Stellen für Jugendbildungsreferent*innen in Jugendverbänden, Jugendbildungsstätten, den kommunalen Jugendbildungswerken und kommunalen Jugendringen zu schaffen. Wir wollen die Landesförderung der Jugendverbände und der politischen Jugendbildungsarbeit dynamisieren. Die Fördermittel sollen automatisch an die Lohn- und Preissteigerung und regelmäßig an neue Arbeits- und Aufgabenbereiche angepasst werden.

Antwort FDP:

Die Fragen 8 bis 10 werden gemeinsam beantwortet:

Unsere Vision ist es, Hessen zu einem Ort zu machen, an dem Kinder und Jugendliche aktiv an der Gestaltung ihrer Umgebung teilhaben können und ausreichend Möglichkeiten haben, sich zu entfalten und zu beteiligen. Wir sind überzeugt, dass dies entscheidend ist, um eine lebendige und zukunftsorientierte Gesellschaft aufzubauen.

Für das Thema Beteiligung haben wir Freie Demokraten daher die folgenden Ansätze und Maßnahmen vorgesehen:

Erstens, die Interessen und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in der Gestaltung der Landespolitik und konkret in der Landesplanung zu berücksichtigen, ist für uns von grundlegender Bedeutung. Wir werden dafür sorgen, dass die Anliegen junger Menschen in allen relevanten Politikbereichen und Planungsprozessen Gehör finden. Dies umfasst die Einrichtung von speziellen Gremien und Plattformen zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sowie die Schulung von Entscheidungsträgern, um ihre Sensibilität für diese Belange zu stärken.

Zweitens, in Bezug auf die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Hessen werden wir die bestehenden Regelungen evaluieren und prüfen, ob eine Erweiterung der aktuellen Regelung notwendig und sinnvoll ist. Wir sind offen für eine Erweiterung, wenn dies dazu beiträgt, die Beteiligung und Mitwirkung junger Menschen in allen sie betreffenden Angelegenheiten zu stärken und ihre Rechte zu fördern.

Drittens, die Bereitstellung öffentlicher und kostenfreier Räume und Begegnungsstätten für Kinder und Jugendliche in Hessen ist ein wichtiger Schwerpunkt unserer Politik. Wir werden sicherstellen, dass ausreichend solche Räume vorhanden sind, in denen junge Menschen sich treffen, austauschen und aktiv sein können. Dies umfasst die Schaffung von Jugendzentren, Sportanlagen, kulturellen Einrichtungen und öffentlichen Plätzen, die für Kinder und Jugendliche zugänglich sind

Antwort DIE LINKE:

Grundsätzlich ist es wichtig, zu prüfen, welche Strukturen in diesem Bereich geschaffen werden können (Landesschülervertretung, Landes ASTA-Konferenz für die Hochschulen, etc.). Daher schlagen wir eine permanente, verbindliche Struktur in Form eines Kinder- und Jugendparlaments auf Landesebene auf der Grundlage der vorhandenen kommunalen Gremien vor. An Schulen und Hochschulen müssen SuS und Studierende demokratische Mitbestimmungsrechte in allen Gremien erhalten.

Frage 9:

In Hessen ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in § 8 des Kinder- und Jugendhilfegesetz verankert. Andere Bundesländer wie Brandenburg oder Hamburg haben die Regelung für die Beteiligung und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen erweitert, in dem diese in allen sie betreffenden Angelegenheiten Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte haben. Ist eine Erweiterung der aktuellen Regelung in Hessen von Ihrer Partei vorgesehen?

Antwort CDU:

Siehe Frage 8.

Antwort BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Beteiligung. Wir legen deshalb ein besonderes Augenmerk darauf, dass Kinder- und Jugendliche ihre Bedürfnisse und Interessen selbst formulieren können sowie in Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse auf allen politischen Ebenen sowie in Kitas, Schulen und der Jugendarbeit aktiv eingebunden werden. Außerdem wollen wir das aktive Wahlalter bei Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre absenken, Beteiligungsformate ausbauen sowie einen Jugendrat für dauerhafte Beteiligung einrichten. Auch Erweiterungen der Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte kommen für uns in Betracht, zum Beispiel auch durch eine Novellierung der Hessischen Gemeindeordnung.



Antwort SPD:

Siehe Frage 8.

Antwort FDP:

Siehe Frage 8.

Antwort DIE LINKE:

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Hessen steht in der Gemeindeverordnung als eine SOLL-Regelung. Wir fordern eine MUSS-Regelung, ausgehend vom politischen Willen der Kommunen.

Frage 10:

Gibt es aus Ihrer Sicht ausreichend öffentliche und kostenfreie Räume und Begegnungsstätten für Kinder und Jugendliche in Hessen?

Antwort CDU:

Die Jugendarbeit sowie die Jugendhilfeplanung und die Bereitstellung eines bedarfsgerechten Angebotes liegen in der primären Verantwortung von Kommunen und freien Trägern und unterliegen damit der verfassungsrechtlich geschützten kommunalen Selbstverwaltung. Die amtliche Statistik weist insgesamt auf ein breit ausgebautes Angebot der Jugendarbeit in Hessen hin, eine tatsächliche Bewertung der Bedarfsgerechtigkeit des Angebots muss jedoch in erster Linie im regionalen Rahmen, der auch das Lebensumfeld junger Menschen darstellt, erfolgen.

Der Landesebene kommt die gesetzliche Aufgabe zu, die Arbeit der öffentlichen und freien Träger anzuregen und zu unterstützen. In Hessen ist eine durchgehende Förderung der Träger der außerschulischen Jugendbildung und der Jugendverbandsarbeit durch eine gesetzliche Beteiligung an den Einsätzen nach § 8 Hessisches Glücksspielgesetz vorgesehen. Diese Mittel wurden zuletzt zum 1. Januar 2022 um 10 % erhöht. Insgesamt umfasst diese Förderung mehr als 10 Mio. € jährlich, die dazu beitragen, dass eine gute Grundstruktur an Angeboten sichergestellt ist.

Insgesamt ist in den letzten Jahren ein deutlicher Personalzuwachs in den Ämtern zu verzeichnen. So zeigt zum Beispiel die Jugendhilfestatistik, dass die Kommunen bundesweit und auch in Hessen die personellen Ressourcen in den Allgemeinen Sozialen Diensten (ASD) innerhalb der letzten zehn Jahre nahezu verdoppelt haben. Allein seit 2020 betrug der Zuwachs an Vollzeitäquivalenten im Bereich des ASD in Hessen in diesem Zeitraum 16,8 %, während er im Bundesdurchschnitt stagnierte. Dies zeigt beispielhaft die großen Anstrengungen der Gebietskörperschaften, die Ämter bedarfsgerecht mit Personal auszustatten.

Antwort BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wir Grüne setzen uns schon lange für die kontinuierliche Förderung von Gemeinwesenarbeit, Familienzentren und auch konkret Jugendarbeit ein, die öffentliche Räume für Jugendliche schafft. Wir wollen mobile sowie aufsuchende Jugendarbeit ausbauen und so auch weitere Begegnungsstätten für Jugendliche im städtischen und ländlichen Raum schaffen. Mit Blick auf queere Jugendliche ist es unser Ziel, das Konzept für queere Jugendliche im ländlichen Raum umsetzen und Safe-Space-Einrichtungen mit Wohnraum und sozialpädagogischer Betreuung für Jugendliche ausbauen, die in ihrer Familie Diskriminierung erfahren. Die Arbeit von queeren Zentren und Jugendzentren muss überregional gedacht und langfristig abgesichert werden.

Antwort SPD:

Siehe Frage 8.

Antwort FDP:

Siehe Frage 8.

Antwort DIE LINKE:

Im Allgemein gibt es zu wenige freie, nicht-kommerzielle Räume und Begegnungszentren für Kinder und Jugendliche aber auch für die Familien. Dazu fehlt teilweise die Information über Bügerräume, die zur Verfügung stehen.

Wir wollen Jugendzentren erhalten und Freizeitangebote ausbauen. Jugendzentren brauchen qualifiziertes und gut ausgebildetes Personal.

Überall muss es nichtkommerzielle öffentliche Angebote geben, bestenfalls kostenfrei oder wenigstens für Familien bezahlbar. Die Stadt Wien ist ein gutes Beispiel für gute Wohnsiedlungen.